

Im Baselbiet gibt es zu wenig Frauenjobs

Gleichstellung Auch die Kinderbetreuungsangebote sind in Baselland noch zu wenig attraktiv

VON MICHAEL NITTAUS

24. Es ist diese Zahl, die die Debatte um den letzten Bericht erstmals publizierten kantonalen Gleichstellungsbericht dominiert. Dass Baselland auf dem drittletzten Platz aller Kantone liegt, wenn es darum geht, wie viel der bezahlten Arbeit von Frauen erbracht wird, sorgt für mehr Wirbel, als den Verfasserinnen des Berichts lieb ist. Die «Tageswoche» etwa nannte Baselland sogleich eine «Gleichstellungswüste»: «Das tut weh und ist nicht gerechtfertigt», sagt nun Sabine Kubli zur Bz. Die Leiterin der Baselbieter Gleichstellungs-Fachstelle bedauert, dass der Arbeitsanteil der Frauen nun derart hervorgehoben wird. Schliesslich sei dies nur einer von mehreren Indikatoren, wie der Kanton in Sachen Gleichstellung dastehe. So sei etwa mit 37,8 Prozent in keinem anderen Kantonsparlament der Frauenanteil so hoch wie in Baselland.

Und dennoch: Was macht Baselland schlechter als andere Kantone, dass nur 35,3 Prozent des Arbeitsvolumens, dem sogenannten Vollzeitäquivalent, von Frauen erledigt wird? Immerhin steigt ja die Anzahl Frauen, die einer bezahlten Arbeit nachgehen, kontinuierlich. Die Erwerbsquote liegt mittlerweile bei 74, jene der Männer bei 85 Prozent. Und der Abstand verringert sich (Artikel vom Freitag).

Der Bz liegen beim Vollzeitäquivalent mittlerweile die Zahlen aller Kantone vor (siehe Grafik). Und es zeigt sich: Nur Uri und Nidwalden haben eine schlechtere Quote. Nachbar Basel-Stadt dagegen belegt mit 41 Prozent den Spitzenplatz. Immerhin: Die Bandbreite ist mit einer Differenz von 7,2 Prozentpunkten zwischen dem letzten und ersten Platz nicht riesig, der Schweizer Schnitt liegt bei 38,1 Prozent. Jana Wachtl, die bei der Fachstelle das Projekt des Gleichstellungsberichts leitete, hält aber fest: «Statistisch gesehen sind die Unterschiede durchaus signifikant, ein Kantonsranking ist zulässig.»

Industrie dominiert in Baselland

Letzte Woche begründeten Kubli und Wachtl Basellands Defizite vor allem damit, dass hier 56 Prozent der erwerbstätigen Frauen nur Teilzeit arbeiten. Das durchschnittliche Arbeitspensum beträgt 65 Prozent, bei Männern sind es 90 Prozent. Doch nun nennt Wachtl einen weiteren relevanten Faktor: «Die Ranglistenplatzierung hängt stark mit der Baselbieter Wirtschaftsstruktur zusammen.» Die Erhebung zeige nämlich die Beschäftigten im Kanton - unabhängig vom Wohnkanton.

Die Statistik erfasst also beispielsweise nicht jene Baselbieterinnen, die in Basel-Stadt arbeiten und so einen Teil zum guten Abschneiden des Nachbarkantons beitragen. Dies dürften nicht wenige sein, denn in Baselland ist der industrielle Sektor überdurchschnittlich vertreten. Dort dominieren handwerkliche Berufe aus dem Produktionsbereich, die traditionell eher von Männern ausgeübt würden. «Frauen arbeiten eher im Dienstleistungssektor - und der ist in Basel-Stadt viel stärker», sagt Wachtl.

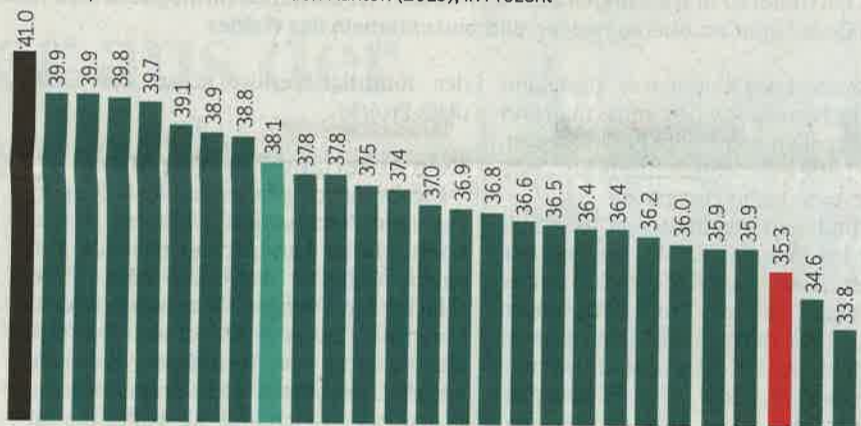


Gewisse Jobs im Dienstleistungssektor - wie etwa in Boutiquen - sind im Baselbiet dünn gesät. Dabei wären sie bei Frauen besonders begehrt.

THINKSTOCK

SO VIEL DER BEZAHLTEN ARBEIT WIRD VON FRAUEN ERBRACHT

Vollzeitäquivalente der Frauen nach Kanton (2013), in Prozent



BS NE GE VD AR SH BE ZH LU JU FR SO GR AI VS AG TI SZ SG TG OW GL ZG BL UR NW
QUELLE: STATISTISCHES AMT BASELSTADT
GRAFIK: NCH/MTA

Die Verfasserinnen des Gleichstellungsberichts sind überzeugt, dass Baselland vor allem an einer Stelle noch zulegen muss: bei der Wahlfreiheit. Auch wenn nur schweizweite Daten vorliegen, spricht Wachtl die Zahl der Unterbeschäftigten an. Von den Teilzeitbeschäftigten, die ihr Pensum gerne erhöhen würden, dies aber nicht können, sind nämlich ganze 73,6 Prozent Frauen. «Hier geht es letztlich um fehlende Möglichkeiten», sagt Wachtl. Davon betroffen sind laut dem Bericht vor allem Frauen in einem Paarhaushalt mit mindestens einem Kind sowie alleinerziehende Mütter.

Hier schiebt Fachstellen-Leiterin Kubli mit einem gewissen Neid Richtung Basel-Stadt. Nicht nur gibt es dort weit

mehr Fremdbetreuungsangebote, es ist auch der einzige Kanton, in dem ein verfassungsmässiges Recht auf einen Krippenplatz besteht. «Das ist natürlich eine viel verpflichtendere Regelung als in Baselland», sagt Kubli und meint damit das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB), dem das Baselbieter Stimmvolk vergangenen Herbst zugestimmt hat. Ab 2017 sind die Gemeinden verpflichtet, den Bedarf an Fremdbetreuungsplätzen zu erheben. «Wir haben schon viel erreicht, dass wir überhaupt so ein Rahmengesetz bekommen. Die erste kantonale Bedarfserhebung haben wir schon 2001 gemacht», so Kubli. Und: «Die Gemeinden müssen nach der Bedarfserhebung die Schaffung von neuen Plät-

FINANZIERUNG VON BETREUUNGSPLÄTZEN

Wirtschaft sieht sich nicht in der Pflicht

Wichtig wäre es, dass auch die Wirtschaft hinter einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht. Doch gegenüber dem «Regionaljournal» sagte Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser: «Ich behaupte, dass der Kausalzusammenhang zwischen Betreuungsplätzen und Frauen im Arbeitsmarkt nicht ganz so funktioniert.» Er habe noch von keinem Unternehmen gehört, das Absagen von Frauen erhalten habe, weil diese nicht wussten, wo sie ihre Kinder betreuen lassen können.

zen dann auch anpacken. Wir sind sehr gespannt darauf», sagt Kubli.

Günstige Krippenplätze wichtig

Kubli's Ziel ist klar: «Wir streben an, dass es flächendeckend im ganzen Kanton Betreuungsangebote gibt, wenn auch nicht überall dieselben.» Hierzu sei das Gesetz zu wenig verpflichtend. Dass Handlungsbedarf besteht, wird auch dadurch verdeutlicht, dass gemäss dem Bericht 53 Prozent der Baselbieter Familien aus finanziellen Gründen auf eine Fremdbetreuung ihrer Kinder verzichten. «Es genügt eben nicht allein; viele Krippenplätze oder Angebote für schulergänzende Betreuung zu haben. Die Angebote müssen auch finanziell tragbar sein, sonst wer-

«Der Hebel, etwas zu ändern, liegt nicht nur bei der Wirtschaft.» Grundsätzlich hält Buser die Gemeindeautonomie hoch, wie er gegenüber der Bz sagt. Eine Absage erteilt er dagegen dem Modell des Kantons Waadt: Hier verpflichtete das Stimmvolk im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III Unternehmen, über einen Fonds Betreuungsangebote mitzufinanzieren. In Baselland könne er sich so etwas nicht vorstellen: «Die USR III und das Thema Betreuungsangebote haben nichts miteinander zu tun», spricht Buser Klartext.

den sie nicht genutzt», sagt Wachtl. Diese These stützt das Beispiel Birmingen: Laut Katrin Bartels von der kantonalen Fachstelle Familienfragen gebe es dort mittlerweile sogar ein Überangebot an Krippenplätzen. Bartels warnt davor, gerade im Bereich der Kleinkinderbetreuung nur auf Masse zu setzen und verweist auf eine Studie des nationalen Forschungsprogramms: Demnach sorgt nur der Ausbau der schulergänzenden Betreuung zu einem deutlichen Anstieg der Vollzeitarbeit von Müttern. Doch auch hier hinkt Baselland mit insgesamt knapp 1000 Plätzen noch hinterher (Bz berichtete). Unter diesen Umständen dürfte es also schwierig werden, sich im Ranking der Kantone hochzuarbeiten.